

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Humorist. Blätter) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 74.

34. Jahrgang.

Sonnabend, den 25. Juni

1887.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Im Reichsgesundheitsamt hat vor Kurzem bekanntlich eine Konferenz über die Herstellung des Bieres stattgefunden. Die Verhandlungen darüber nehmen einen großen Umfang an; sie werden einen bleibenden Erfolg haben, indem sie die Vorlegung eines Gesetzes über die Herstellung von Bier und den Verkehr mit Bier zur Folge haben werden. Man plant den Erlass sehr strenger Bestimmungen und dürfte sich im großen und ganzen an die bayerische Gesetzgebung anlehnen. Die Erhebungen sollen zu eigenartigen Einblicken in die bestehenden Zustände geführt haben.

— Se. Maj. der Kaiser ist am Montag Nachmittag zum ersten Mal nach langem Unwohlsein wieder am Fenster erschienen und hat auch am Mittag des 22. Juni dem Vorbeizug der Wache beigewohnt. Wenn auch noch etwas blaß, so zeigt doch die körperliche Haltung des Monarchen, daß er sich wieder erholt hat. Allerdings ist die ärztliche Pflege eine überaus prächtige und ausgebreitete. Nicht weniger als zwei oder drei Mal empfängt Kaiser Wilhelm im Laufe der Morgenstunden einen der drei Leibärzte, deren erster und ältester bekanntlich Erz. von Lauer ist. Zur Mittagszeit pflegen die drei Herren gewöhnlich ein Konsilium abzuhalten, in welchem die gegenseitigen Betrachtungen, welche man an dem hohen Patienten gemacht hat, ausgetauscht werden und darüber Beschluß gefaßt wird, ob der Kaiser eine Ausfahrt unternehmen darf oder nicht. Selbstverständlich wird diese für gewöhnlich stattfindende Behandlung seitens der Ärzte bei Erkrankungen des Monarchen noch verschärft. Den getroffenen Anordnungen fügt sich der Letztere mit größter Gewissenhaftigkeit, wie sehr dieselben auch zuweilen die Ausübung der Regentpflichten erschweren.

— Major a. D. Pinze, der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete, ist nach einer Meldung der „Kz. Ztg.“ in Folge ehrengerichtlichen Spruches des Reiches, die Militäruniform zu tragen und den Offizierstitel zu führen, für verlustig erklärt worden. Das „V. L.“ will wissen, daß das ehrengerichtliche Verfahren gegen den Major a. D. eingeleitet worden war, weil er während der letzten Wahlkampagne als freisinniger Reichstagskandidat und als Redner in verschiedenen Wahlkreisen sich gegen das Septennat und für die Einführung einer verkürzten Dienstzeit ausgesprochen habe. Andererseits berichtet man über diesen Vorfall folgendermaßen: Der Major a. D. Pinze hat sich, weil er für eine ihm öffentlich zugesagte Beileidigung keine Genugthuung gefordert hat, und weil er in öffentlichen politischen Versammlungen aufgetreten ist und dort Reden gehalten hat, welche gegen die Staatspflichten und gegen die Verhältnisse des Offizierstandes verstießen, der Verletzung der Standesehre unter erschwerenden Umständen schuldig gemacht, und beantragt das Ehrengericht die Aberkennung des Titels und des Rechtes, die Uniform zu tragen. Diefem Antrage hat Se. Maj. der König durch Kabinettsordre vom 17. Juni Folge gegeben und den Verlust des Titels und der Uniform verfügt, sich aber bewogen gefunden, dem bisherigen Major a. D. Pinze das Eisene Kreuz und das Militärverdienstkreuz zu belassen. Der mit der Publikation beauftragte Ehrenrath hat betreffs der durch Pinze zur Sprache gebrachten vorzeitigen Publikation anerkannt, daß dieselbe nur durch eine noch nicht aufgeklärte bedauerliche Indiskretion herbeigeführt sein könne.

— Eine Nachricht zum Regierungsjubiläum der Königin Viktoria ist besonders für Deutschland von einer nicht sogleich erkannten Wichtigkeit. Sie lautete dahin, daß Prinz Heinrich von Preußen mit einer Torpedoboot-Flottille nach der englischen Küste abgegangen sei. Ueber diese Leistung unserer verhältnismäßig jungen Marine wird das Ausland sehr verblüfft sein; ein deutscher Prinz befährt mit einer ganzen Flottille der genannten kleinen Fahrzeuge die tückische stürmische Nordsee! Die Torpedoboote anderer Marinen haben bisher die Hochsee noch

nicht betreten können! Deutschland ist ihnen also hierin voran!

— In Oesterreich sehen die Militärs schwarz in die Zukunft. Sie fürchten, daß am Ende die Kriege ganz aussterben, weil es keine Leute mehr giebt, die gesund und kräftig zum Militärdienst sind. Seit einer Reihe von Jahren hat die Zahl derer, die zum Kriegsdienst ausgehoben werden konnten, von Jahr zu Jahr bedeutend abgenommen, die Masse war körperlich zu wenig entwickelt, zu schwach und zu klein. Der Grund liegt in der Armut des Volkes, an der stetig zunehmenden Fabrikarbeit und dem überhand nehmenden Schnapstrinken. Die größte Zahl der „zu schwach“ und zu klein Befundenen hatten die Polen, dann die Ruthenen und die Rumänen. Als der kräftigste entwickelte Volkstamm in dem ganzen Kaiserreich, der die meisten Kriegsdiensttauglichen stellt, zeigen sich die Deutschen, diesen folgen unmittelbar die Ungarn, an dritter Stelle die Tschechen.

— Frankreich. Das neueste Projekt der Franzosen ist die militärische Organisation der Bergwerksarbeiter in Frankreich. In Frankreich ist bekanntlich das ganze Eisenbahnpersonal durch Gesetze militärisch organisiert, so daß im Falle einer Mobilmachung der Kriegsminister sofort alle Bahnen in Beschlag nehmen und mit Hülfe des im voraus einregimentirt und in Cadres abgetheilten Personals unter Oberaufsicht der Militärbehörde ohne Unterbrechung im Betriebe lassen kann. — Im „Figaro“ wird nun der Vorschlag gemacht, in gleicher Weise die Arbeiter in den Bergwerken und namentlich in den Kohlenbergwerken militärisch zu organisiren. In den Kohlenbergwerken Frankreichs seien rund 110,000 Arbeiter jeglichen Alters und beiderlei Geschlechts beschäftigt, von denen sich etwa 40,000 Männer im Alter von 20—40 Jahren befänden, welche im Kriegsfall sich nach eingetroffenem Befehle sofort zu ihren Regimentern begeben müßten. Um diesem Uebelstande und den daraus sich ergebenden bösen Folgen für Industrie, Eisenbahnbetrieb u. s. w. vorzubeugen, müßte die Dienstleistung für den Kriegsfall bezüglich der Minenarbeiten schon im Frieden geregelt werden, damit einerseits der Betrieb der französischen Bergwerke keine Unterbrechung erleide und andererseits die dem Feinde abgenommenen Bergwerke sofort mit dem notwendigen Arbeiterpersonal besetzt werden könnten. Also: Regimente von Bergleuten und jedem vom höchsten bis zum niedrigsten Beamten, schon im Frieden der Platz angewiesen, den er im Bergwerkeregiment im Kriegsfall einzunehmen habe: — das ist das Rezept, welches der Ingenieur Henry Couriot auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1875, betreffend die militärische Organisation der Eisenbahnbeamten, anempfiehlt.

— „Revanche für Leipzig“ könnte man die neuesten Leistungen des französischen Chauvinismus heißen, ohne dabei etwa an die Niederlage Napoleons I. in der Völkerschlacht zu denken; es handelt sich vielmehr um Revanche wegen des Leipziger Hochverratsprozesses gegen die elsass-lothringischen Mitglieder der Patriotenliga in Paris. Die Letztere kündigt für Freitag Abend ein Circus-Meeting an, auf welchem gegen den Leipziger Prozeß protestirt und die französische Regierung zur Intervention aufgefordert werden soll. Ferner hat der Pariser Gemeinderath aufzufordern, sofort sämtliche durch die Verwaltung beschäftigten Deutschen zu entlassen. Hierdurch werden hauptsächlich die Straßenlehrer betroffen, unter denen sich zumeist deutsche Essäfer befinden. Ueberdies erklären es französische Zeitungen als eine Pflicht, „keinen Deutschen mehr irgendwie in Frankreich zu verwenden und keinerlei deutsche Produkte zu kaufen, ferner französische Häuser, die hiergegen verstößen, in die „Acht“ zu thun und im Uebrigen die 100,000 in Frankreich wohnenden Deutschen auf's Schärfste zu überwachen.“

— Zur Deutschausweisung aus Rußland wird dem „Hamb. Kor.“ aus Reichenburg in Ostpreußen geschrieben: „15 deutsche Familien mit

15 Fuhrwerken, die vor zehn bis fünfundzwanzig Jahren aus dem Kreise Marienwerder nach dem Gouvernement Wolhynien ausgewandert waren, lehrten zurück, da ihnen der deutsche Schulunterricht versagt und der Grundbesitz entzogen wurde. Nachdem sie von der preussischen Ansiedelungskommission wegen Ankaufs in Preußen günstigen Bescheid erhalten hatten, verkauften sie ihre Habe bis auf zwei Pferde, Wagen und Betten. Auf der Grenze wurde ihnen bedeutet, daß sie die Pferde nicht ausführen dürften. Sie telegraphirten nach Petersburg, ob ihnen nicht gestattet würde, die Pferde zu behalten, da sie doch auch mit je zwei Pferden eingewandert wären. Auf den Bescheid mußten sie sieben Tage warten, die sie unter freiem Himmel zubringen mußten. Der Bescheid traf endlich ein, doch sollten die zum Kriegsdienst tüchtigen Pferde zurückbleiben. Durch Rubelspenden gelang es ihnen endlich, die Grenze zu passiren. Die Heimgekehrten bedauern die zurückgebliebenen Landleute, die nach dem neuen Ausweisungsgesetz ihre Habe werden verschleudern müssen, während sie (die Heimgekehrten) noch die Hälfte gerettet hätten.“

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Der Männergesangverein „Stimmgabel“, dessen Leistungen ja hinreichend bekannt sind und stets gute Aufnahme bei öffentlichen Concerten gefunden haben, beabsichtigt, in den nächsten Tagen wieder ein solches zu veranstalten. Nach vorläufiger Bestimmung soll das Concert am Montag, den 4. Juli cr. stattfinden. Wir machen unsere Leser schon heute darauf aufmerksam und bemerken zugleich, daß die Mitglieder des Chorgesangvereins ihre Mitwirkung dabei zugesagt haben. Es verstärkt sich die Sängerschaft dadurch um viele tüchtige Stimmen und ist somit doppelte Gewähr für einen genussreichen Abend. An zahlreichem Besuch des Concerts wird es hoffentlich nicht fehlen.

— Dresden. Am Mittwoch früh ist hier Herr Major J. D. von Rabenhorst infolge eines traurigen Unfalls nach qualvollem Leiden gestorben. Ein dieser Tage in Weithain, woselbst der Major zum Besuch des Regiments anwesend war, verschlucktes Stückchen Glas ward zur Todesursache. Major von Rabenhorst, welcher früher als Batterieführer in Pirna stand und dann als Major nach Metz versetzt wurde, überstand vor etwa anderthalb Jahren glücklich die Amputation eines Fußes und erfreute sich in jeder Beziehung wieder des besten Wohlbefindens.

— Leipzig. Vor einiger Zeit hatte der Bezirksauschuß den Wunsch ausgesprochen, daß Maßregeln gegen das Ankaufen von krankem Vieh seitens der Fleischer ergriffen werden mögen. In der letzten Sitzung des Bezirksauschusses konnte nunmehr der Vorsitzende, Geheimrath Regierungsrath Amtshauptmann Dr. Plagmann, die Mittheilung machen, daß die kgl. Regierung dem Wunsche volle Beachtung hat zu Theil werden lassen und daß demnach die diesbezügliche Verordnungen zu erwarten stehen. Hieran knüpfte sich eine weitere Debatte betreffs der Frage, ob es nicht gerathen sei, auch das zum Hauschlachten bestimmte Vieh in Bezug auf seinen Gesundheitszustand zur Untersuchung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wurde geltend gemacht, daß durch das in vielen Orten betriebene Auspfunden, d. h. Weiterverkaufen des Fleisches, es sich ereignen könne, daß von dem Genuße des Fleisches eines ungesunden Stück Viehes unter Umständen viele Personen erkranken können. Von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß gerade beim Hauschlachten das Verwenden von krankem Vieh fast ausgeschlossen ist, weil in der Regel auf dem Lande die gegenseitige Beobachtung aller Vorkommnisse eine viel größere ist. Gegen das Auspfunden selbst, obwohl es mit der Gewerbeordnung nur schwer in Einklang zu bringen ist, beschloß man, nichts zu unternehmen, weil man dem ärmeren Manne die Gelegenheit lassen wollte, das von ihm aufgezugene Vieh in vortheilhafterer Weise zu verwerthen, als dieses durch Verkauf an den Händler geschehen kann.

— Leipzig. Bekanntlich war in einer am 13. April hier abgehaltenen Versammlung der Gastwirthe